

Beim Festplatz zu hoch gepokert

Anwalt der Bürgerinitiative erhebt Vorwürfe gegen die Stadt Weiden – Weiteren Schaden abwenden

Weiden. (wd) Die Stadt Weiden habe mit ihrem Bemühen, schnell einen neuen Festplatz zu bauen, zu hoch gepokert, befürchtet Jürgen Linhart. Dem Anwalt, der Sonja Schuhmacher und Gisela Helgath im Bürgerentscheid-Eilverfahren vertritt, drängt sich gar der Verdacht auf, dass mit „rechtswidrigen Methoden versucht wurde, den sich anbahnenden Bürgerentscheid zu unterlaufen“.

Mit den beiden Sprecherinnen der Bürgerinitiative gab Linhart am Montag eine Pressekonferenz. Geladen waren auch die Bürgerliste, die FDP und die Freien Wähler, die das Bürgerbegehren ebenfalls unterstützen, sowie Steuerberater Hans Grochowina, der gegen die Festplatz-Baugenehmigung klagt und feststellt: „Jede Antwort wirft in diesem Fall mindestens zwei neue Fragen auf.“

Desinformation?

Jürgen Linhart (von der Kanzlei BLTS aus Regensburg) erklärte, dass nunmehr die Stadt versuche, die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts zu ignorieren, „indem man das dort



Unberührt von den juristischen Auseinandersetzungen laufen die Baustellen am neuen Festplatz weiter. Bild: Götz

Festgestellte nicht wahrhaben möchte“. Es werde der „Versuch der Desinformation“ unternommen. Dabei stünden „möglicherweise Straftatbestände im Raum“. Linhart empfahl der Stadt, sich strengstens an die Weisungen des Verwaltungsgerichts zu halten. „Mehr wollen wir nicht hineininterpretieren. Ich gehe davon aus, dass die Stadt die Rechtsberatung der Regierung künftig sehr in-

tensiv in Anspruch nimmt.“ Jeder Beteiligte solle sich überlegen, welche Haftungsfragen sich für den einzelnen ergeben könnten, riet der Anwalt, der befürchtet, dass in Sachen Festplatz großer Schaden entstand.

Sie sei „froh und erleichtert“, sagte Gisela Helgath, die sich bei allen bedankte, die das Bürgerbegehren gegen den Festplatz westlich der Neustädter Straße unterstützten. Selbst dem letzten „Demokratie-Muffel“ müsse klar werden, dass der höchste Souverän im Staat der Bürger sei. Zudem lobte sie CSU-Fraktionschef Wolfgang Pausch, der mit seiner Unterstützung des Bürgerbegehrens deutlich gemacht habe, dass er ein Gespür für Recht und Unrecht habe. „Wir wollen jetzt das Bürgerbegehren haben.“ Jedem Bürger müsse klar sein, dass der Festplatz von den Weidenern bezahlt werden müsse.

Sonja Schuhmacher, die als Ortsvorsitzende des Bundes Naturschutz den Bürgerentscheid initiierte, dank-

te allen, dass es in so kurzer Zeit gelungen sei, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Sie betonte, dass OB Seggewiß mit der Ablehnung des Bürgerbegehrens eine unrechtmäßige Entscheidung getroffen habe, die er nun zurücknehmen müsse. „Er hat ein Einsehen gezeigt.“ Allerdings habe ihn erst das Verwaltungsgericht auf den rechten Weg zurückbringen müssen. „Es wäre schön, wenn die Stadt erkennen würde, dass die Bürger diesen Festplatz ablehnen. Es gilt, Schaden abzuwenden.“

Eindeutiger Fingerzeig

Rechtsanwalt Linhart machte klar, dass nach der Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts auch Fragezeichen blieben. „Motto: Wo zwei Juristen sind, gibt's drei Meinungen“. Es gebe aber mit der Anordnung, die Stadt habe alles zu unterlassen, was dem Festplatz-Bürgerbegehren schade könne oder Entscheidungen verfestige, einen eindeutigen Fingerzeig.



In der Interpretation des Urteils des Verwaltungsgerichts über ihren Eilantrag sind sich (von links) Sonja Schuhmacher, Fachanwalt Jürgen Linhart und Grünen-Stadträtin Gisela Helgath einig: Ihr Bürgerbegehren muss durchgeführt werden. Bild: Hartl